
Beschlagnahmte Waffen


NSU-Bombenattentat in Köln 2004

HENNING KAISER / DPA (L.); HENNING KAISER / DAPD (R.)

TERRORISMUS

BKA warnt vor Neonazi-Anschlägen

Knapp ein Jahr nach dem Auffliegen der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) schätzt das Bundeskriminalamt (BKA) die Gefahr durch rechtsextremistische Terroristen offenbar immer noch als hoch ein. Das geht aus einem vertraulichen Papier vom Juli 2012 hervor: „Es ist mit fremdenfeindlichen Gewaltdelikten von Einzeltätern oder Tätergruppen in Form von Körperverletzungen auch mit Todesfolge, Brandanschlägen (z. B. auf Asylbewerberunterkünfte) und in Einzelfällen auch mit Tötungsdelikten zu rechnen.“ Angriffe von Rechtsterroristen könnten sich nicht nur gegen Ausländer, sondern auch gegen „Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland wie Politiker, Personen des öffentlichen Lebens und Polizeibeamte“ richten. Jüdische Institutionen seien ebenfalls gefährdet. Vor dem Hintergrund des derzeit erhöhten Strafverfolgungsdrucks wegen der Ermittlungen gegen den NSU warnt das BKA vor Folgetätern. Möglicherweise würden „in die Enge getriebene“ rechtsextremistische Einzeltäter oder Kleinstgruppen „die eigene Handlungsfähigkeit durch Gewaltstraftaten unter Beweis stellen“ wollen. Die Ermittler verweisen in diesem Zusammenhang auf die Anschläge des rechtsradikalen Massenmörders Anders Behring Breivik aus Norwegen. Es müsse auch „die Bildung bislang unbekannter terroristischer Gruppen innerhalb des rechten Spektrums“ in Betracht gezogen werden. Aktuelle polizeiliche Maßnahmen belegen dem BKA-Bericht zufolge, „dass die rechtsextreme Szene über eine nicht unerhebliche Anzahl von Waffen und Munition verfügt“. Unter dem Stichwort „terroristische Strukturen“ werden in dem Bericht neben dem NSU-Verfahren „zwei weitere, aktuell eingeleitete Ermittlungsverfahren“ wegen des Verdachts der Gründung rechtsterroristischer Vereinigungen angeführt.

KRIMINALITÄT

Heiße Spur vernachlässigt

Im Mordfall Bögerl hat die Polizei anscheinend eine wichtige Spur mehr als zwei Jahre lang vernachlässigt. Bereits am 18. Mai 2010, sechs Tage nach der Entführung der Bankiersgattin Maria Bögerl aus ihrem Haus in Heidenheim, erreichte die Soko „Flagge“ ein anonymer Brief. Der Absender teilte darin offenbar mit, dass Maria Bögerl bereits tot sei. Damals galt die Frau noch als vermisst, ihre Leiche wurde erst Wochen später entdeckt. Weiter hieß es in dem Brief angeblich, die Täter seien einer bestimmten Volksgruppe zuzuordnen. Sie seien in Panik geraten. Der Absender nannte sogar zwei Namen und die Summe von 100 000 Euro, die noch bezahlt werden müsste. Das Beweisstück bekam die Asservatennummer 322, und die Soko ging den Hinweisen nach. Vor der Öffentlichkeit wurde die Spur jedoch geheim gehalten. Als der SPIEGEL Anfang August von dem anonymen Schreiben erfuhr, versicherte die Soko „Flagge“, alle Behauptungen des Absenders seien damals ausermittelt worden, es habe sich nichts ergeben. Doch als der Fall Bögerl am vergangenen Mittwoch in der ZDF-Fahndungsreihe „Aktenzeichen XY“ erneut nachgezeichnet wurde, richtete die Soko – über zwei Jahre nach dem Eingang des Briefes – einen dringenden Aufruf an den Verfasser des Schreibens. Man gehe davon aus, dass „er die Täter kennt“, sagte der Stuttgarter Soko-Leiter Volker Zaiß im ZDF. Warum der Aufruf trotzdem erst jetzt erfolgte und welche Details der Brief enthält, wollte die Polizei nicht sagen.


Trauerfeier für Maria Bögerl 2010

STEFAN PUCHNER / DPA